

## Pressemitteilung

13. August 2011

Unternehmen fürchten steigende Rohstoff- und Energiekosten

### Umfrage: Euro-Krise trifft vor allem größere Unternehmen

Berlin – Die europäische Schuldenkrise wirkt sich vor allem auf größere Unternehmen negativ aus. Das hat eine Umfrage der IW-Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche (WiWo), ergeben. Demnach wächst die Zahl der so genannten Negativnennungen mit der Umsatzgröße. Unternehmen mit über 50 Millionen Euro Jahresumsatz sind bereits zu 32,3 Prozent „eher negativ“ beziehungsweise „sehr negativ“ durch die Währungsturbulenzen betroffen. Besonders spürt die produzierende Industrie die Euro-Krise: Gut jedes fünfte Industrieunternehmen klagt bereits jetzt über negative Auswirkungen. Weniger Auswirkungen melden Unternehmen im Dienstleistungssektor: Nur knapp 11 Prozent der befragten industrienahen Dienstleister fühlen sich negativ betroffen.

„Die Umfrage zeigt, dass sich die Schulden-Krise zwar auf die Unternehmen niederschlägt, die gegenwärtige Unsicherheit an den Finanzmärkten scheint aber übertrieben“, erklärt Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM.

Die Unternehmen fürchten vor allem steigende Rohstoff- und Energiepreise als Resultat der Schuldenkrise. Rund drei Viertel der Befragten gab dies an. Zwei Fünftel davon rechnen sogar mit erheblichen Preissteigerungen. Fast jedes dritte befragte Unternehmen rechnet in beträchtlichem Ausmaß mit steigenden Finanzierungskosten, etwa jedes fünfte Unternehmen glaubt, dass es zu einer bemerkbaren Kaufzurückhaltung der Kunden kommen wird.

Den Verlust von Arbeitsplätzen fürchten am ehesten mittelständische Unternehmen (1 bis 50 Millionen Euro Umsatz). Über ein Viertel der Mittelständler gab dies an, wenn auch in den meisten Fällen als unerhebliche Auswirkung der Schuldenkrise. „Die Euro-Krise sorgt nicht nur für Verunsicherung auf den Finanzmärkten, sondern gefährdet auch unser gemeinsames Ziel Vollbeschäftigung. Es ist höchste Zeit, dass Europa endlich ein nachhaltiges Konzept für den Schuldenabbau liefert, anstatt eine kurzfristige Rettungsaktion nach der anderen“, so Pellengahr.

Im Rahmen des IW-Unternehmervotums wurden 753 Unternehmer zwischen dem 15. Juli bis zum 3. August online befragt. Angeschrieben wurden Unternehmen aus Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen (Großhandel, Verkehr, Nachrichten, unternehmensnahe Dienstleistungen). Die Umfrage ist Teil des Deutschland-Checks, einer Dauerstudie im Auftrag der INSM und der WirtschaftsWoche.

Mehr Informationen im Internet unter [www.deutschland-check.de](http://www.deutschland-check.de)

#### Rückfragen:

Projektleitung: Marc Feist, Telefon 030 / 27877-175, feist@insm.de